

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 14

des Abgeordneten Alexander Spies (PIRATEN)

aus der 37. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Oktober 2013 und **Antwort**

Klima der Angst in landeseigenen Krankenhausunternehmen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat, dass die Charité-Tochter Charité Facility Management (CFM), einen unliebsamen Betriebsrat außerordentlich kündigen will, der als aktives Gewerkschaftsmitglied und Streikführer im Streik 2011 kritische Äußerungen auf einer Betriebsversammlung am 18. September 2013 getätigt haben soll?

2. Wie bewertet der Senat, dass Mitarbeiter*innen der CFM laut Berichten von ver.di Berlin-Brandenburg über unberechtigte Versetzungen, häufigere Kontrollen bis hin zum Mobbing und ein Klima der Angst klagen und was will er gegen diese Zustände in einem landeseigenen Unternehmen tun?

Zu 1. und 2.: Grundsätzlich ist der Senat der Auffassung, dass Betriebsräte frei und ohne Einschränkung ihren Aufgaben nachgehen können. Es ist nicht zu tolerieren, wenn sie deshalb Benachteiligungen erfahren. Das gilt auch für die CFM, obwohl sie weder eine unmittelbare Landeseinrichtung noch ein landeseigener Krankenhausbetrieb ist, anders als dies in der Anfrage formuliert ist.

Um den Sachverhalt aufzuklären, ist die Charité als Mehrheitsgesellschafter gebeten worden, eine Stellungnahme der CFM einzuholen. Sie hat erklärt, dass sie die berechtigten Belegschaftsinteressen vollumfänglich anerkennt und die CFM eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit als unabdingbare Voraussetzung für die Betriebstätigkeit ansieht. Dieses Leitprinzip der Mitarbeiterführung wird vom Senat als Selbstverständlichkeit bewertet.

Zu der in Rede stehenden Personaleinzelangelegenheit ist anzumerken, dass eine Beantwortung im Rahmen einer Mündlichen Anfrage nicht zulässig ist. Auch verbietet sich eine abschließende Beurteilung, da es sich auch um ein laufendes juristisches Verfahren handelt.

Im Übrigen sollte sich die Leitung der CFM generell bewusst sein, dass Berichte über ungerechtfertigte und willkürliche Maßnahmen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verunsichern und auch bei den Personalvertretungen große Besorgnis auslösen können.

Berlin, den 30. Oktober 2013

In Vertretung

Dr. Knut Nevermann
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Nov. 2013)